

Berlin, 26. Juni 2020

Briefentwurf

Herrn Minister

a.d.D.

Frau
Kommissarin für Energie der
Europäischen Kommission
Kadri Simson
Rue de la Loi 200
1049 Brüssel
Belgien

Betr.:

US-Sanktionen gegen NS2

Vom Leitungsbereich auszufüllen	
TGB-Nr.	
Eingang Leitung	
eDW-M- Nr.:	
Rein- schrift	
Abzeichnungsleiste	
PSt z.K.	
St	
AL	
UAL	
Referatsinformationen	
Referats- leiter/in	IIA4 26.06.20
Bearbei- ter/in	
Mit- zeichnung	VB2, AA-410
Referat und AZ	IIA4 – 33402/004#005

I. Stellungnahme

Mit Infovorlage vom 18.06.2020 wurden Sie über den neuen Gesetzentwurf "Protecting Europe's Energy Security Clarification Act of 2020" (PEESCA) der Senatoren Cruz, Shaheen, Barrasso, Cotton und Johnson zur Verschärfung der Sanktionen gegen das Projekt Nord Stream 2 hingewiesen. Der Gesetzentwurf sieht vor, die enthaltenen Änderungsvorschläge vermutlich rückwirkend zum Datum des Inkrafttretens von PEESA am 19. Dezember 2019 anzuwenden. Alle Firmen, die Dienstleistungen, Versicherungen oder bestimmte Nachrüstungsdienste für Verlegeschiffe sowie Dienstleistungen wie Prüfungen, Inspektionen oder Zertifizierungen, die für den Betrieb von Nord Stream 2 erforderlich sind, sollen einbezogen werden. Die Inbetriebnahme der Pipeline soll ebenfalls sanktioniert werden.

Senator Cruz möchte diesen so schnell wie möglich verabschieden. Nach neuesten Informationen strebt er jetzt an, dass PEESCA bereits bis zum 03.07.2020 im Senat als Anhang an den National Defense Authorization Act for Fiscal Year 2020 (NDAA) beschlossen wird.

...

Im Gegensatz zur Verabschiedung der Sanktionen Ende 2019 sind diesmal weitere EU-Mitgliedsländern über die Ausweitung der US-Sanktionen besorgt und kritisieren diese (bislang FRA, DNK, NLD, AUT, LTU). Vor diesem Hintergrund wird vorgeschlagen, auf Botschafterebene unter Führung der EU-KOM gemeinsam in Washington zu demarchieren. Durch die herausgehobene Rolle der EU-KOM würde gegenüber den USA verdeutlicht, dass eine erneute Verschärfung der extraterritorialen US-Sanktionen gegen Nord Stream 2 als Übergriff auf die energiepolitische Souveränität der EU insgesamt eingeordnet würde.

Um die Bereitschaft der EU-KOM zu fördern, sich stärker als bisher gegen die US-Sanktionen einzusetzen, die Führungsrolle unter den EU-Staaten zu übernehmen und damit die Kritik an den Sanktionen auf eine breitere Basis zu stellen, wird vorgeschlagen das Sie mit dem beigefügten Briefentwurf an Kommissarin Simson für eine solche Führungsrolle werben.

II. Brieftextentwurf

Anrede,

Für die langfristige sichere Versorgung Europas mit Erdgas spielt die Fertigstellung und Inbetriebnahme der Nord Stream 2 Pipeline eine wichtige Rolle. Die USA haben am 19. Dezember 2019 mit dem „Protecting Europe's Energy Security Clarification Act“ Sanktionen gegen die bei der Verlegung der Nord Stream 2 eingesetzten Verlegeschiffe erlassen. US - Senatoren haben nun am 4. Juni 2020 einen neuen Gesetzentwurf "Protecting Europe's Energy Security Clarification Act of 2020" (PEESCA) zur Verschärfung der Sanktionen gegen das Projekt Nord Stream 2 vorgelegt. Mit diesem Gesetzentwurf würde die Inbetriebnahme der Pipeline sanktioniert werden und rückwirkend zum 19. 12. 2019 alle Firmen, die Dienstleistungen, Versicherungen oder bestimmte Nachrüstungsdienste für Verlegeschiffe sowie Prüfungen, Inspektionen oder Zertifizierungen, die für den Betrieb von Nord Stream 2 erforderlich sind, durchführen.

Der vorgelegte Sanktionsentwurf erkennt die Bemühungen der EU - Kommission und der Bundesregierung zur Sicherung des russischen Gastransits über die Ukraine. Er

ignoriert die Umsetzung europäischen Rechts durch die BNetzA, die den Antrag der Nord Stream 2 AG auf Freistellung des im deutschen Hoheitsgebiet verlaufenden Teils der Nord Stream 2-Pipeline von der Regulierung abgelehnt hat ebenso wie die Unterstützung der EU- Kommission und der Bundesregierung für den Aufbau von zusätzlicher europäischer LNG-Infrastruktur zur weiteren Diversifizierung der Versorgung Europas mit Energieträgern.

Die neuen Sanktionsvorschläge würden eine Vielzahl europäischer Unternehmen zu einem potentiellen Sanktionsziel machen.

Die jetzt angedrohten Sanktionen dienen wie bereits der „Protecting Europe's Energy Security Clarification Act von 2019“ nicht der Energiesicherheit Europas, sondern zielen direkt auf die Energiesouveränität der Mitgliedsstaaten der europäischen Union. Sie würden zu einer weiteren Verschlechterung des Verhältnisses zwischen den USA und der Europäischen Union führen.

Ich möchte Sie deshalb bitten, sich gegen die neuen US-Sanktionen einzusetzen und die Führungsrolle für die EU-Mitgliedstaaten zu übernehmen, die wie wir die angedrohte Ausweitung der US-Sanktionen kritisieren. Damit könnte diese Kritik auf eine breitere Basis gestellt werden. Ich würde es sehr begrüßen, wenn unter der Führung der EU-Kommission auf Botschafterebene gemeinsam in Washington gegen dieses Sanktionsandrohung demarchiert würde.

Grußformel

Datenschutzhinweis